

ZwischenRuf

DAS MAGAZIN DES LANDTAGS VON SACHSEN-ANHALT

02|2022



Magdeburg, den 16. Juli 1992.

Der Präsident des Landtages
von Sachsen-Anhalt

...fassung wird hiermit verkündet.

Juli 1992.

Der Ministerpräsident
des Landes Sachsen-Anhalt

IN GUTER VERFASSUNG

Vor 30 Jahren stimmte der Landtag
für die Landesverfassung

FRAGEN: Landtagspräsident zu einem Jahr 8. Wahlperiode

LESEN: Literaturtipps aus der Landtagsbibliothek

STAUNEN: Landtagsauflösung vor 70 Jahren



LANDTAG VON
SACHSEN-ANHALT

30 JAHRE UND KEIN BISSCHEN LEISE

Die Landesverfassung von
Sachsen-Anhalt im Interview



Verfassung des Landes
Sachsen-Anhalt und
das Grundgesetz für die
Bundesrepublik Deutschland



WAS GIBT'S?

Die Landeszentrale für politische Bildung und der Landtag geben die Landesverfassung und das Grundgesetz heraus

Das Besondere: Die Verfassung stellt sich selbst den wichtigsten Fragen ... rund um die Verfassung!

www.landtag.sachsen-anhalt.de

BESTELLEN!

Die Broschüre kann kostenlos als Einzelexemplar oder als Klassensatz bestellt werden.

Über den QR-Code gelangt man zum Bestellformular.





8

NEUE CHANCEN FÜRS LAND

Für die Zukunft Sachsen-Anhalts als attraktives Land zum Arbeiten und Leben sei es wichtig, die Einkommensstrukturen nachhaltig zu verbessern, befindet die SPD-Fraktion. Sie initiierte eine Aktuelle Debatte zu Mindestlohn und Investitionen.



12

EINE EHRE, PRÄSIDENT ZU SEIN

Ein Jahr der insgesamt fünf Jahre dauernden 8. Wahlperiode ist absolviert und ebenso lang ist auch Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger im Amt. Im Interview mit dem ZwischenRuf blickt er auf die ersten zwölf Monate als Präsident zurück.



14

OSCHERSLEBEN – 1000 JAHRE BODE- UND BÖRDESTADT

In den 19 zur Bodestadt gehörenden Ortsteilen erzählen zahlreiche Burgen, Schlösser und Kirchen von der wechselvollen Geschichte der überwiegend landwirtschaftlich geprägten Region. Aber auch Naschkatzen, Naturliebhaber und Sportfans kommen auf ihre Kosten.

AUS DEM PLENUM

6 | Übergewinnsteuer in der Diskussion

Die Fraktion DIE LINKE hatte unter dem Titel „#IchBinArmutsbetroffen – Politische Entscheidungen sind geboten“ im Juni-Plenum eine Aktuelle Debatte initiiert. Parallel dazu brachte sie einen Antrag zur befristeten Einführung einer Übergewinnsteuer ein.

9 | Das Bildungsniveau verbessern

Schon seit Jahren verfallt in Sachsen-Anhalt das Bildungsniveau, meint die AfD-Fraktion, strengere Maßstäbe sollten angesetzt werden. Defizite haben auch die anderen Fraktionen erkannt, wie mit diesen umzugehen sei, weicht aber vom AfD-Plan ab.

10 | Verfolgung von Hass im Netz

Für die effektivere Bekämpfung von Hasskriminalität online und offline soll die Landesregierung eine landesweite Strategie erarbeiten, so der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dieser wird nun zunächst in den Ausschüssen beraten.

11 | Digitale Begutachtung fortsetzen

Die Koalition setzte sich mit einem Antrag dafür ein, die während der Corona-Pandemie erprobte digitale Pflegebegutachtung durch den Medizinischen Dienst auch über den 30. Juni 2022 hinaus zu ermöglichen. Das Verfahren habe sich bewährt.

RÜCKBLICK

20 | Verfassung mit Leben füllen

Mit einer Feierstunde hat der Landtag von Sachsen-Anhalt den 30. Geburtstag der Landesverfassung begangen. Die Redner unterstrichen die große Bedeutung der Verfassung für die bisherige Entwicklung des Landes und zukünftige Generationen.

22 | Das Ende der Demokratie

Ein Forschungsprojekt des Landtags und des Zentrums für Sozialforschung Halle zu den ersten beiden Landtagen (1946–1952) in Sachsen-Anhalt soll unter anderem klären, wie es 1952 zur Auflösung des Parlaments kommen konnte.

IMPRESSUM

Herausgeber

Der Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt

Auflage und Erscheinen

10000 Exemplare, vierteljährlich

Redaktion/Bestelladresse

Landtag von Sachsen-Anhalt
Referat Medien- und Öffentlichkeitsarbeit,
Besucherdienst und Protokoll
Domplatz 6–9, 39104 Magdeburg
Fon: 0391 560-0
Fax: 0391 560-1123
www.landtag.sachsen-anhalt.de
landtag@lt.sachsen-anhalt.de

Redaktion

Ulrich Grimm (Ltg.), Stefanie Böhme, Beate Grau,
Dr. Stefan Müller, Gudrun Oelze, Michael Rahmfeld,
Matthias Unfried

Fotos & Grafiken

Titelseite: Dr. Stefan Müller
Seite 2: Landtag von Sachsen-Anhalt
Seite 3: Robert Kneschke - stock.adobe.com
(l.), Stefanie Böhme (M.), Gudrun
Oelze (r.)
Seite 4: Stefanie Böhme
Seite 6: lovelyday12 - stock.adobe.com
Seite 8: Robert Kneschke - stock.adobe.com
Seite 9: grafikplusfoto - stock.adobe.com
Seite 10: myboys.me - stock.adobe.com
Seite 11: agenturfotografin - stock.adobe.com
Seite 13: Stefanie Böhme
Seite 14–17: Gudrun Oelze
Seite 18–19: Verlage Wallstein, econ, Propyläen
Seite 20–21: Dr. Stefan Müller
Seite 22: Dr. Stefan Müller
Seite 23: Matthias Trott (l.), Matthias Unfried (r.)
Seite 24: Genese Magdeburg

Satz & Gestaltung

genese Werbeagentur GmbH
www.genese-md.de

Druck

Harzdruckerei GmbH
www.harzdruckerei.de

Redaktionsschluss

1. Juli 2022. Dieses Magazin dient der Öffentlichkeitsarbeit des Landtags von Sachsen-Anhalt. Es wird kostenfrei verteilt. Es darf weder von Wahlbewerbern noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Parlamentarisches Kontrollgremium gewählt



Das Plenum wählte im Juni die vier PKG-Mitglieder.

Die Landesregierung unterliegt in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes der Kontrolle durch das Parlamentarische Kontrollgremium (PKG). Es besteht aus vier Mitgliedern des Landtags. Ein Mitglied muss der parlamentarischen Opposition angehören. In seiner Juni-Sitzungsperiode hat der Landtag die Mitglieder des PKGs neu gewählt. Die Koalition brachte

gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE einen Wahlvorschlag ein. Sie stellten Markus Kurze (CDU), Rüdiger Erben (SPD) und Guido Kosmehl (FDP) sowie Eva von Angern (DIE LINKE) zur Wahl; die AfD den Abgeordneten Hagen Kohl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Olaf Meister. Die Wahlvorschläge von AfD und Grünen fanden keine Mehrheit, die von Koalition und Linken dagegen schon. Im Vorfeld der Wahl hatte es Kritik von AfD und Grünen gegeben, da der Wahlvorschlag von Koalition und Linken dazu geführt habe, dass nur eine Oppositionsfraktion im Gremium vertreten sei. Die Grünen sind nicht mehr im Gremium vertreten, die AfD war es zuvor mit einem stellvertretenden Mitglied.

Dr. Stefan Müller

Neue Präsidentin für die Parlamentarische Vereinigung



v.l.n.r.: Gruppenfoto am Rande der Mitgliederversammlung der Parlamentarischen Vereinigung Sachsen-Anhalt e. V. Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger gratuliert Gabriele Brakebusch zur Wahl zur neuen Präsidentin der Vereinigung.

Gabriele Brakebusch ist neue Präsidentin der Parlamentarischen Vereinigung Sachsen-Anhalt e. V. Bei der Mitgliederversammlung Mitte Juni stimmte eine deutliche Mehrheit der Mitglieder für die ehemalige Landtagspräsidentin. Sie löst damit den langjährigen Vorsitzenden Ulrich Seidel ab. In der Parlamentarischen Vereinigung wird der überparteiliche Gedankenaustausch zu aktuellen politischen Fragen untereinander und mit aktiven Abgeordneten und Mitgliedern der Landesregierung gepflegt. Hinzu kommen Begegnungen und Diskussionen mit Vereinigungen im außerparlamentarischen Bereich sowie mit Vereinigungen von ehemaligen Mitgliedern deutscher und ausländischer Parlamente. Die Vereinigung, die auch gemeinsame Interessen ehemaliger Abgeordneter wahrnimmt, finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen und wird vom Landtag finanziell und organisatorisch unterstützt.

Stefanie Böhme

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

etwas vorzeitig, aber doch nach gut dreißig Jahren feierte der Landtag von Sachsen-Anhalt die Ausarbeitung und Verabschiedung der Landesverfassung. Am 16. Juli 1992 war sie verkündet worden und am selben Tag in Kraft getreten. Sonnig war es, als hätte selbst das Wetter sich über diese geschichtsträchtigen Tage gefreut und seinen Beitrag leisten wollen. Drei Jahrzehnte später hat wiederum der Sommer Einzug ins Land gehalten und einen perfekten Rahmen für die Feierlichkeiten geliefert. Mit einer Feierstunde im Plenarsaal wurde das Jubiläum begangen, politische Wegbereiter von damals und heute waren anwesend, dazu gab es Musik und Festansprachen; im Besucherzentrum konnte zudem eine Kabinettaustellung zur Geschichte der Landesverfassung angeschaut werden. Die ist übrigens noch bis Anfang Oktober zu besuchen.

Und gleich ein zweites Jubiläum, wenngleich viel kürzer, stand an: In der 8. Wahlperiode wurde das erste Jahr absolviert – vier stehen also noch bevor. Im Interview berichtet Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger von seinen ersten zwölf Monaten im Amt und davon, was sich im Landtag unter seiner Führung bereits geändert hat und welche Ziele er in den kommenden Jahren noch erreichen möchte.

Die Feierlichkeiten rund um die Verfassung bildeten vielleicht nicht den politischen, aber zumindest den gesellschaftlich emotionalen Höhepunkt der Juni-Sitzungsperiode des Landtags. Politisch wurde es nämlich auch noch! Denn das Parlament hatte zudem eine dreitägige Sitzungsperiode zu meistern. Mit annähernd dreißig Punkten war die Tagesordnung pickepackevoll. Redebedarf – Sie wissen es, liebe Leserinnen und Leser – haben die Abgeordneten

immer reichlich. Auf unseren Plenumsseiten schauen wir noch einmal auf die aktuell zurückliegende Sitzung und arbeiten ein paar wenige der Themen auf. Die gesamte Sitzung, wie übrigens alle Sitzungen der 8. Wahlperiode, können im Videoarchiv auf der Internetseite des Landtags nachgeschaut werden. Wer also Lust auf reibungsintensive (und zugegeben: manchmal dröge) Debatten hat, der hat in der parlamentarischen Sitzungspause über den Sommer so einiges an Filmmaterial nachzuschauen. Apropos Filmmaterial! Da haben wir noch ein besonders interessantes Video für Sie in petto. Mal Hand aufs Herz: Wussten Sie, dass es zwischen 1946 und 1952 bereits einen sachsen-anhaltischen Landtag gegeben hat und dieser sich am 25. Juli 1952 selbst auflöste? Wie es dazu kam, verraten wir natürlich nicht im Heft, wohl aber im Video. Informationen dazu finden Sie auf unserer Seite 22.

Unsere Landesbereisende Gudrun Oelze nimmt Sie in dieser Ausgabe mit in die Region Oschersleben. Seit vielen Jahren ist das Regionalfenster nun schon Bestandteil des ZwischenRufs. Es soll wie eine Brücke vom Landtag hinaus ins Land und vom Land zurück in den Landtag sein, denn beide bedingen einander. Durch die Stippvisiten in allen Ecken des Landes sieht man einmal mehr, wie herrlich unser Sachsen-Anhalt doch ist – reich an Geschichte, Kultur und liebenswerten Menschen, die sich vor Ort engagieren und ihre Heimat zu einem besonderen Flecken Erde machen.

Wir wünschen Ihnen nun einen erholsamen Sommer. Bleiben Sie uns gewogen!

Ihre
ZwischenRuf-Redaktion



Übergewinnsteuer in der Diskussion

Die Fraktion DIE LINKE hatte unter dem Titel „IchBinArmutsbetroffen – Politische Entscheidungen sind geboten“ im Juni-Plenum eine Aktuelle Debatte initiiert. Parallel dazu brachte sie einen Antrag zur befristeten Einführung einer Übergewinnsteuer ein.



Damit am Ende des Geldes nicht noch so viel Monat übrig ist, muss in vielen Familien streng aufs Geld geachtet werden.

Demokratie und ein starker Sozialstaat bedingen einander“, erklärte Eva von Angern (DIE LINKE). Menschen, die arm sind, hätten auch weniger Energie, sich neben ihrem schwierigen Alltag, politisch zu engagieren. Mit über 20 Prozent Armutsquote liege Sachsen-Anhalt deutlich über dem Bundesdurchschnitt, dies sei ein Armutszeugnis und es bestehe dringender Handlungsbedarf. Die Linken-Abgeordnete

kritisierte den Tank-Rabatt als „größten Witz des Jahres“. Unternehmen, die überdurchschnittlich Gewinne machten, müssten sich endlich an den gesellschaftlichen Kosten beteiligen, forderte von Angern. „Wir müssen die Profiteure der Krise zur Kasse bitten!“ Zwar werde eine Übergewinnsteuer den Krieg in der Ukraine nicht beenden und die Inflationsrate nicht drastisch senken, allerdings sollte man das Instrument dennoch nutzen, um

armutgefährdete Menschen zu entlasten. „Ich möchte, dass es keinen Menschen in Sachsen-Anhalt gibt, der sich im Herbst entscheiden muss, ob er sich etwas zu essen kauft oder die Heizung hochdreht.“ Mit dieser Übergewinnsteuer sollen auf Antrag der Fraktion DIE LINKE krisenbedingte Mehrgewinne von Unternehmen (insbesondere Energiesektor) einer Steuer oder Abgabe unterzogen werden, mit der die gesellschaftlichen Mehrkosten staat-



Übergewinnsteuer gebe es sowohl gute Gründe dafür als auch dagegen, meinte Willingmann, allerdings noch keine abgestimmte Meinung der Landesregierung.

Tobias Krull (CDU) sagte, für seine Fraktion sei Armut immer auch „Chancen-Armut“. Ziel müsste eine Gesellschaft sein, in der alle Menschen genügend Chancen hätten, ihr Leben erfolgreich zu gestalten. Der Grundsatz von „Fördern und Fordern“ werde als überholt angesehen, viele TV-Formate würden zudem ein falsches Bild von Menschen zeigen, die von Armut betroffen sind. Krull stellte fest, dass zahlreiche Bevölkerungsgruppen nicht von den Entlastungspaketen des Bundes profitierten. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE sei Ausdruck eines ausgeprägten „Robin-Hood-Syndroms“, kritisierte sein Fraktionskollege Stefan Ruland (CDU). Welche Bedingung ein Unternehmen erfüllen müsse, um „betroffen“ zu sein, sei im Antrag nicht definiert. Zudem würde eine solche Steuer „sämtlichen marktwirtschaftlichen Prinzipien widersprechen“.

Tobias Rausch (AfD) erklärte, viele Arbeiter in Sachsen-Anhalt müssten ihr Auto, ihre Wohnung und ihre Energiekosten selbst bezahlen und das mit geringem Gehalt im Niedriglohnland Sachsen-Anhalt. Diese Arbeiter hätten am Ende des Tages genauso viel Geld wie Menschen, die Sozialhilfe empfangen. Dieser Aspekt werde von den Linken immer wieder vergessen. Den Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Übergewinnsteuer kritisierte er deutlich. Eine „sozialistische Umverteilung“ hätte seines Wissens bislang nirgends zum Fortschritt der Gesellschaft beigetragen.

Die FDP spreche sich schon länger für eine Steuersenkung aus, um für Entlastung zu sorgen, erinnerte Konstantin Pott (FDP). Das Geld mit dem „Gießkannenprinzip“ zu verteilen, könne auf Dauer nicht funktionieren. Es sei doch viel nachhaltiger, zu schauen, wie der Wohlstand im

Land erwirtschaftet werden könne, anstatt nur über seine Verteilung zu sprechen. Sein Fraktionskollege Andreas Silbersack (FDP) ergänzte: „Wir leben in einem der besten Sozialstaaten der Welt!“ Mit einer Übergewinnsteuer öffne man die „Büchse der Pandora“. Er mahnte, dem Verlangen nicht nachzugeben, weil es vielleicht nicht bei einem einmaligen Ereignis bliebe. Gerade im Hinblick auf die neuen Großansiedlungen in Sachsen-Anhalt würde damit ein fatales Signal gesendet.

„Armut kann jede und jeden ganz unverhofft treffen“, konstatierte Cornelia Lüdemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die Bundesregierung hätte jedoch in den letzten Monaten zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Die Grünen-Abgeordnete kritisierte: „Der Tankrabbat war Quatsch“ und eine Korrektur wäre das Richtige, denn hier werde das Geld der Menschen aus dem Fenster geworfen und Putin und die Mineralölkonzerne machten Gewinne. Für Lüdemann sei völlig unverständlich, warum die FDP unbedingt an diesem Tankrabbat festhalten wolle. Die Grünen begrüßten deshalb die Einführung einer Übergewinnsteuer.

Dr. Andreas Schmidt (SPD) sagte: „Eine Übergewinnbesteuerung ist eine Möglichkeit und kein Teufelszeug.“ Selbst in den USA habe es im Ersten und Zweiten Weltkrieg schon Übergewinnsteuern gegeben und die USA seien nachweislich kein kommunistischer Staat. Neben dieser Maßnahme könnte man auch relativ einfach bei der Einkommens-, Körperschafts- und Kapitalertragssteuer nachbessern, so Schmidt.

Zur Aktuellen Debatte wurden am Ende naturgemäß keine Beschlüsse gefasst. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wurde zur weiteren Beratung in die Ausschüsse für Finanzen sowie für Wirtschaft und Tourismus überwiesen. Stefanie Böhme

licher Maßnahmen unterstützt werden sollen. Wissenschaftsminister Prof. Dr. Armin Willingmann sprach in Vertretung von Sozialministerin Petra Grimm-Benne und führte aus, dass es bereits einige Hilfsmaßnahmen für von Armut betroffene und sozial schwächere Bevölkerungsgruppen gebe. Er nannte beispielsweise den Kinderbonus, Einmalzahlungen bei Energiekosten, die anstehende Rentenerhöhung und Wohngeldzuschüsse. Zur

Neue Chancen fürs Land

Für die Zukunft Sachsen-Anhalts als attraktives Land zum Arbeiten und Leben sei es wichtig, die Einkommensstrukturen nachhaltig zu verbessern, befindet die SPD-Fraktion. Sie initiierte eine Aktuelle Debatte zu Mindestlohn und Investitionen.

Mehr als 215 000 Menschen in Sachsen-Anhalt profitierten deutlich von der Erhöhung des Mindestlohns ab Oktober 2022 auf 12 Euro, betonte Dr. Katja Pähle (SPD). Dies bedeute mehr Kaufkraft für viele Familien und eine Stärkung der Wirtschaft. Perspektivisch gehe es aber um tarifgebundene und sichere Beschäftigung, um das Prinzip „gutes Geld für gute Arbeit“. Die Ansiedlung von „Intel“ sei ein Glücksfall für die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt, ergänzte Dr. Falko Grube (SPD). Intel werde 17 Milliarden Euro in Magdeburg, Sülzetal und Wanzleben investieren und 12 000 neue Jobs schaffen.

Attraktive Einkommensbedingungen seien die Voraussetzung, um die Menschen im Land zu halten, konstatierte Minister Prof. Dr. Armin Willingmann (SPD) in Vertretung von Arbeitsministerin Grimm-Benne. Die Erhöhung des Mindestlohns führe zu einer erheblichen Verbesserung der Einkommen in Sachsen-Anhalt. Seit Jahren schon würden durch die Landesregierung angemessene Unterstützungsangebote für die Unternehmen im Land hinsichtlich der Fachkräftegewinnung unterbreitet.

Deutschland bleibe bei den Investitionen ausländischer Unternehmen hinter seinen Möglichkeiten zurück, sagte Matthias Lieschke (AfD). Es bleibe zu hoffen, dass die angekündigten Investitionen auch tatsächlich kämen, durch Intel nicht nur Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor geschaffen würden und in einheimische Arbeitskräfte investiert würde. Negativ zu bewerten seien die Versiegelung des guten Bördebodens und der erhöhte Druck auf den Immobilienmarkt (mit steigenden Mieten).



Wachsende Löhne und Gehälter und zugleich eine wachsende Wirtschaft, das sind die Ziele, die in Sachsen-Anhalt verfolgt werden.

Das Land verfüge über rund 800 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, es gebe also überhaupt keinen Grund, pessimistisch in die Zukunft zu schauen, meinte Andreas Silbersack (FDP). Die Anhebung von Minijobgrenze und Mindestlohn würden dazu beitragen, dass die Menschen verdienten, was sie zum Leben brauchten. Dem Land fehlten allerdings noch reichlich Fachkräfte/Arbeitskräfte, konstatierte Silbersack.

Mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, für den sich die Linke immer eingesetzt habe, habe sich gezeigt, dass Sachsen-Anhalt bis dahin „ein gotterbärmliches Billiglohnland“ gewesen sei, so Wulf Gallert (DIE LINKE). Die Inflation könne allein durch die Erhöhung des Mindestlohns nicht ausgeglichen werden, dafür müsste die politische Weichenstellung (zum Beispiel „ein besseres Vergaberecht“) für eine höhere Tarifbindung geschaffen werden. Eine gute Ausbildung und

gute Abschlüsse sollten mit einem guten Lohn honoriert werden, forderte Ulrich Thomas (CDU), der die Erhöhung des Mindestlohns kritisch betrachtet. Man müsse schauen, was der Markt zu leisten imstande sei. Heute rede man von Lohnniveaus, die deutlich machten, dass die Entwicklung der Löhne in Sachsen-Anhalt zwar langsam, aber ehrlich vonstattengegangen sei. Der Fachkräftebedarf im Land sei enorm, die Ansiedlung von Intel werde diesen noch erhöhen.

„Neuanfänge sind unsere Chance, vorne mit dabei zu sein, vor allem auf dem Energiesektor“, erklärte Olaf Meister (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Das Thema Weltoffenheit werde eine besondere Rolle bei der Ansiedlung von Intel spielen, weil auch Fachkräfte aus dem Ausland in die Region ziehen würden.

Beschlüsse zur Sache der Aktuellen Debatte wurden wie gewohnt nicht gefasst.

Dr. Stefan Müller

Das Bildungsniveau verbessern

Schon seit Jahren verfallt in Sachsen-Anhalt das Bildungsniveau, meint die AfD-Fraktion, strengere Maßstäbe sollten angesetzt werden. Defizite haben auch die anderen Fraktionen erkannt; wie mit diesen umzugehen sei, weicht aber vom AfD-Plan ab.

Das Bildungsniveau im Land leide an einem schleichenden Langzeitabwärtstrend, meinte Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD). Zu viele Schüler würden die Hochschulreife auf dem Papier ausgestellt bekommen, doch sie würden das notwendige Niveau für ein Studium gar nicht erreichen. Er machte die in den letzten Jahren zuständigen Bildungspolitiker für diese Situation verantwortlich. Mitunter würden Defizite zwar erkannt, aber nichts gegen sie getan. Wer in den Kernfächern ungenügende Noten vorweise, müsse in die Klassenwiederholung, forderte Tillschneider, der sich gegen einen Notenausgleich aussprach. Man müsse die Trägheit im Bildungssektor überwinden.

Der Antrag der AfD hätte Auswirkungen auf die Versetzungsverordnung und die Oberstufenverordnung des Landes, erklärte Bildungsministerin Eva Feußner (CDU). Einige der Anliegen seien populistisch und nicht umsetzbar. Die Möglichkeit, schlechte Noten auszugleichen und so das Klassenziel zu erreichen, wirke ermunternd, aber es könne im schlechten Fall auch zu einem bösen Erwachen in der Sekundarstufe führen, wenn die Noten nicht stabilisiert bzw. verbessert werden können, räumte Feußner ein. Ein Wechsel zwischen den Schulformen sei auf Basis der Leistungsentwicklung immer möglich, sodass man den

Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler gerecht werden könne.

Der Antrag sei „typisch AfD“ und der Abgeordnete Tillschneider habe wieder einmal gezeigt, dass er „ohne Kenntnis von Schule“ sei. Der Antrag sei die Debatte nicht wert und auch nicht einer Ausschussüberweisung, sagte Thomas Lippmann (DIE LINKE). Lippmann wies darauf hin, dass wohl bestimmte Fähigkeiten verlorengegangen seien, aber „die Jugendlichen von heute können Dinge, die wir nicht können“.

Ein erstrebenswertes Ziel sei, die Bildungsqualität an die Herausforderungen der Arbeitswelt von morgen anzupassen, betonte Jörg Bernstein (FDP), der auch für die Koalitionspartner CDU und SPD sprach. In der AfD sei man anscheinend wenig an ernsthaften, zielo-

orientierten Lösungen interessiert. Das Erschweren von Übergängen zwischen den Schulformen sei jedenfalls kein geeignetes Instrument. Die Koalition verfolge drei zentrale Ansätze, so Bernstein: die Stärkung der Bildungschancen in einem durchlässig gegliederten Schulsystem, die Schaffung von Erfolgserlebnissen durch moderne Lehr- und Lernkonzepte und die positive Sicht auf den Leistungsgedanken, sich Wissen und Fertigkeiten zu erarbeiten.

Die AfD verfolge mit ihrem Antrag einen Rollback in die Vergangenheit, die Schulen wolle sie in preußische Lehranstalten zurückverwandeln, kritisierte Susan Sziborra-Seidlitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Tillschneider habe seine „ekelhaft verzerrte Sicht auf die Schülerinnen und Schüler von heute“ dargestellt. Die Grünen sprechen sich für ein längeres gemeinsames Lernen aller Kinder und Jugendlichen aus. Bildungsgerechtigkeit beginne am Ende der Grundschule nach der vierten Klasse, wenn sich Bildungswege jetzt bereits zu trennen begännen. Leistungsdruck und die pauschale Einteilung in „Elite und Normale“ seien kontraproduktiv.

Im Anschluss an die Debatte wurde der Antrag der AfD-Fraktion abgelehnt.

Dr. Stefan Müller



Ui, das war nichts:
Schlechte Zensuren auf dem
Zeugnis: Konsequenzen für
den weiteren Bildungsweg?

Verfolgung von Hass im Netz

Für die effektivere Bekämpfung von Hasskriminalität online und offline soll die Landesregierung eine landesweite Strategie erarbeiten, so der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dieser wird nun zunächst in den Ausschüssen beraten.

Wo Worte Gewalt verbreiten, wird körperliche Gewalt folgen“, betonte Sebastian Striegel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Zu oft schon habe sich dies bewahrheitet. Bei den Sicherheitsbehörden fehle es an Wissen über die Folgen von Hass im Netz. Dieses sollte unbedingt in der Ausbildung und bei Fortbildungen vermittelt werden. Der Tatort Internet sei ortsunabhängig, deswegen bedürfe es auch einer personellen und sächlichen Ausstattung der Ermittlungsbehörden, die eine effektive Strafverfolgung ermögliche. Die Grünen fordern die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft zum Thema Hasskriminalität.

Die Beamtinnen und Beamten der Ermittlungsbehörden würden auch im Internet und Darknet wichtige Arbeit leisten, lobte Dr. Tamara Zieschang (CDU), Ministerin für Inneres und Sport. Der polizeiliche Opferschutz sei verbessert, entsprechende Ansprechpartner/innen seien eingestellt worden. Zur Bekämpfung von Hass und Hetze sei vor einigen Jahren die sogenannte Internetstreife eingerichtet worden, diese sei kontinuierlich ausgebaut worden, so Zieschang.

Einige Menschen verlören im Internet jegliche Hemmungen, kritisierte Rüdiger Erben (SPD). Mitunter führten die Hasskommentare im Internet dazu, dass in der realen Welt körperliche Gewalt angewendet würde. Eine landeseigene Strategie zur Bekämpfung von Hasskriminalität, wie im Antrag der Grünen gefordert, werde nicht ausreichen. Es bedürfe vielmehr der Koordination aller sechzehn Bundesländer, meinte Erben.

Man könne auf Basis eines Fernsehberichts von Jan Böhmermann nicht von strukturellen Defiziten bei der Strafverfolgung von Hass im Netz sprechen, meinte Matthias Büttner (Staßfurt, AfD). Dieser Antrag gehöre nicht in einen Ausschuss, sondern in die Papiertonne. Auf nicht gelöschte Hasskommentare in Internetprofilen der AfD angesprochen, meinte Büttner, man könne nicht Tausende Kommentare kontrollieren.

„Es liegt in Ihrer persönlichen Verantwortung, dass, wenn Sie Debatten anstoßen, diese eben nicht zu Hasskommentaren führen oder Sie dagegen vorgehen“, sagte Guido Kosmehl (FDP) in Richtung des AfD-Abgeordneten Matthias Büttner (Staßfurt). Er schlug ein Fachgespräch im Ausschuss vor, um zu klären, wie die Situation der Strafverfolgung von Hasskriminalität in Sachsen-Anhalt und länderübergreifend sei.

Bei Hasskommentaren gehe es vor allem um die Kolportage von Vorurteilen

und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, betonte Henriette Quade (DIE LINKE). Es bedürfe einer tiefgreifenden Fehleranalyse, um die Verfolgung von Hasskriminalität effektiver zu machen. Es sei bezeichnend, dass ausgerechnet ein Satiriker durch ein simples Experiment das eklatante Versagen des Staates sichtbar gemacht habe, so Quade.

Die Polizei und die Staatsanwaltschaft des Landes leisteten großartige Arbeit, deswegen sei es vermessen, aufgrund einzelnen Missverhaltens von strukturellen Problemen bei der Polizei zu sprechen, konstatierte Chris Schulenburg (CDU). Die Koalition habe die Stärkung der Strafermittlungs- und -verfolgungsbehörden auf der Agenda.

Im Anschluss an die Debatte wurde der Antrag der Grünen in die Ausschüsse für Recht, Verfassung und Verbraucherschutz (federführend) und für Inneres und Sport (mitberatend) überwiesen.

Dr. Stefan Müller



Hatespeech im Internet, auch insbesondere Kinder sind davon stark betroffen.

Digitale Begutachtung fortsetzen

Die Koalition setzte sich mit einem Antrag dafür ein, die während der Corona-Pandemie erprobte digitale Pflegebegutachtung durch den Medizinischen Dienst auch über den 30. Juni 2022 hinaus zu ermöglichen. Das Verfahren habe sich bewährt.



Die digitale Pflegebegutachtung soll nach Ansinnen der Koalition ein Baustein der Begutachtungen insgesamt bleiben.

Nicole Anger (DIE LINKE). Steigende Widerspruchsverfahren sprächen nicht für ein funktionierendes Begutachtungsverfahren. Man sollte auch nicht einfach von einer Ausnahmesituation (Pandemie) auf das Alltagsgeschäft wechseln. Für ganz persönliche Belange wie Pflege bedürfe es des Austausches vis-à-vis.

Die Möglichkeit einer digitalen Pflegebegutachtung endet Ende Juni 2022, die Koalition wolle diese Regelung verlängern, sagte Anja Schneider (CDU). Bei einer ausschließlichen Begutachtung vor Ort würde der Medizinische Dienst erheblich mehr Fachpersonal benötigen. Dieses Personal käme allerdings aus Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen – und hier sei es ohnehin schon knapp. Eine Begutachtung per Video oder Telefoninterview sei da viel effektiver und ressourcenschonender.

Vor dem Hintergrund eines steigenden Pflegebedarfs müssten Lösungen gefunden werden, wie die wenigen und begehrten Pflegekräfte ihre Arbeit erfüllen könnten, sagte Minister Prof. Dr. Armin Willingmann (in Vertretung von Sozialministerin Petra Grimm-Benne). Die digitale Begutachtung sei ein sinnvolles Instrument, man müsse prüfen, inwieweit dauerhaft per Telefon eine detaillierte Einschätzung möglich sei.

Digitale Betrachtungsformen hätten durchaus ihre Vorteile, meinte Daniel

Wald (AfD), sie könnten zur Entlastung der Familien beitragen und bei der Terminfindung helfen. Das Verfahren dürfe allerdings nicht durch Bürokratie unnötig schwieriger gemacht werden, da sei der digitale Weg nicht immer der schnellste, so Wald. Und in diesem sensiblen Bereich lasse sich der persönliche Eindruck vor Ort nicht durch ein Telefongespräch ersetzen. Vermeintlich kleine Details wie der Zustand der Haut oder die Reaktionsgeschwindigkeit könnten am Telefon nicht genau bestimmt werden.

Die Digitalisierung in der Pflege und im Gesundheitsbereich solle neue Kommunikationswege öffnen und Zeit effektiver nutzbar machen, erklärte Heide Richter-Airijoki (SPD). Die digitale Begutachtung zur Feststellung von Pflegebedürftigkeit sei allerdings nur noch bis 30. Juni 2022 möglich. Das Verfahren sei bereits erfolgreich erprobt worden und solle fortgesetzt werden.

Die Idee sei gut, aber sie habe Zweifel, dass die erhofften Ziele auch die tatsächliche Realität sein würden, sagte

Die digitale Begutachtung solle nicht zur Pflicht gemacht werden, stattdessen solle lediglich ein bewährtes Verfahren weitergeführt werden, erklärte Konstantin Pott (FDP). Eine Beratung per Telefon sei eine sinnvolle Ergänzung zum aufwendigen Hausbesuch – eine echte Entlastung für Pflegekräfte und Patienten. Man müsse jetzt die Chancen der Digitalisierung in der Pflege nutzen, dabei aber unbedingt bürokratische Abläufe vereinfachen.

Die Potenziale digitaler Angebote seien enorm, aber ob digitale Verfahren zur Ermittlung eines Pflegebedarfs wirklich geeignet seien, stelle sie in Frage, so Susan Sziborra-Seidlitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Der persönliche Hausbesuch sei und bleibe die beste Art der Begutachtung. Es sei schade, dass der Antrag aufgrund des Zeitdrucks nicht mehr im Sozialausschuss samt Fachgespräch beraten werden könne.

Im Anschluss an die Debatte wurde der Antrag von CDU, SPD und FDP mit den Stimmen der Koalition angenommen.

Dr. Stefan Müller

Eine Ehre, Präsident zu sein

Ein Jahr der insgesamt fünf Jahre dauernden 8. Wahlperiode ist absolviert und ebenso lang ist auch Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger im Amt. Im Interview mit dem ZwischenRuf blickt er auf die ersten zwölf Monate als Präsident zurück.

Was empfinden Sie als Ihren größten Erfolg, worauf sind Sie besonders stolz im ersten Jahr im Amt des Landtagspräsidenten?

Die Herausforderungen der Gegenwart und der nahen Zukunft in unserem Land sind groß und sie werden wachsen. Als Präsident des Parlaments eines deutschen Bundeslandes ist es mir wichtig, dass wir uns gemeinsam diesen Herausforderungen als gewachsen zeigen, indem wir sie demokratisch erwachsen angehen. Ein Jahr Debattenkultur in neuer Zusammensetzung haben wir hinter uns. Einen langen Weg haben wir noch vor uns. Als Präsident habe ich mein größtes Ziel erreicht, wenn das aus regierungstragenden und oppositionellen Fraktionen und Abgeordneten bestehende Parlament seine verfassungsgegebene Rolle respektvoll und möglichst sachlich erfüllt, um die für das Land besten Lösungen zu erstreiten.

Wo sehen Sie noch Verbesserungspotenzial in der Arbeit des Landtags im Allgemeinen und des Plenums im Besonderen?

Das Hohe Haus wurde durch unsere Verfassung auf den Namen „Landtag“ getauft und kann als einziges Verfassungsorgan auf eine unmittelbare Legitimation durch die Bürgerinnen und Bürger aufbauen. Es muss ruhig durch manch bewegte Zeiten steuern. Wir alle stehen hier in der Pflicht. Ich habe die Ehre, Präsident dieses Hauses zu sein. Gleichzeitig bin ich in die Pflicht genommen, das Geschick des Landtags so zu leiten, dass dieses Verfassungsorgan seinen Aufgaben zum Wohle der Men-

schen in Sachsen-Anhalt nachkommen kann. Darauf habe und werde ich mich konzentrieren. Unsere Diskussionen um Debattenkultur dürfen deren Inhalte nicht überlagern, ist sie doch ein entscheidender Faktor für Vertrauen in unsere Arbeit und Entscheidungen.

Die Arbeit der Landtagsverwaltung für parlamentarische Prozesse läuft dabei im Hintergrund wie ein verlässliches Uhrwerk. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verstehen sich als Dienstleister für die Parlamentarier und sind stets ansprechbar für konstruktive Kritik. Hierfür bin ich sehr dankbar.

Die positive Außenwirkung des Landtags leidet mitunter unter den langen Bearbeitungszeiten von Anträgen und Gesetzentwürfen, aber auch unter dem Verhalten einzelner Abgeordneter im Plenum. Die Leute im Land fragen sich: Warum ist das so und was können Sie dagegen unternehmen?

Lange Bearbeitungszeiten von Anträgen und Gesetzentwürfen sind leider nicht immer vermeidbar. Um jedoch Verdross in dieser Zeit entgegenzuwirken, ist wichtig, Interessierte kontinuierlich über den Status der Bearbeitung zu informieren. Auch hier gilt Transparenz. Das Verhalten der Abgeordneten im Plenum kann nicht mit dem der Kommunikation in einer Unterrichtsstunde oder einer Vorlesung verglichen werden. Im Plenum wird stets debattiert und auch gestritten. Das Verständnis hierfür ist manchmal schwierig. Jedoch ist für sein Verhalten in Plenarsitzungen jeder Abgeordnete selbst verantwort-

lich. Unsere Debatten laufen nach klaren Regeln ab. Werden diese überschritten, gibt es Sanktionsmöglichkeiten. Diese zu nutzen, obliegt der jeweiligen Sitzungsleitung. Leite ich die Sitzung, bleibt eine Ermahnung oft nicht aus. Den Ordnungsruf nutze ich bedacht, da er kaum steigerungsfähig ist. Ich setze vor allem auf gegenseitiges Verständnis und Respekt vor dem politischen Forum des Plenums, indem wir uns um die für das Land beste Lösung streiten und die Werte unserer Verfassung leben.

In Zeiten von Populismus und Fake News erscheint es besonders wichtig, jungen Menschen schon früh demokratische Werte zu vermitteln und sie ins politische Leben zu integrieren. Welchen Beitrag leistet da der Landtag?

Ich bin froh, dass wir wieder viele Besuchergruppen im Landtag begrüßen können, die sich mit den parlamentarischen Prozessen auseinandersetzen. Viele Schulkassen nutzen das Angebot und besuchen unseren Landtag direkt und holen sich live einen Eindruck. Besonders stolz bin ich darauf, dass wir seit März dieses Jahres mit einem eigenen Kanal bei Instagram und Facebook vertreten sind. Gerade für junge Leute sind dies vielgenutzte Plattformen. Wir möchten damit diese Zielgruppe besser erreichen und ihnen die Arbeit im Parlament so transparent wie möglich zeigen. Jeder soll die Möglichkeit haben, sich über Anträge, Gesetzentwürfe und die Arbeit in den Ausschüssen schnell und einfach zu informieren. Traditionell sind wir sehr gern Schauplatz für den Wettbewerb „Jugend debattiert“ und



Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger stellte sich in seinem Amtszimmer im Landtag von Sachsen-Anhalt den Fragen des Zwischenrufs.



ähnliche Veranstaltungen. Jeder darüberhinausgehenden umsetzbaren Idee stehe ich offen gegenüber.

Eines ihrer wichtigsten Ziele am Beginn der 8. Wahlperiode war, den Landtag und dessen Arbeit in der Öffentlichkeit sichtbarer zu machen. Haben Sie dieses Ziel schon erreicht?

Ich habe am Anfang gesagt, ich möchte ein gläsernes Parlament. Selbstverständlich haben wir uns weiterentwickelt. Besser werden können wir immer. Das ist ein ständiger Prozess. Auf Instagram, Facebook und Twitter wird mittlerweile regelmäßig über die alltägliche Arbeit des Landesparlaments berichtet, also Politik erlebbar gemacht. Für mich ist dies ein wichtiger Schritt zum gläsernen Parlament. Eine neu eingeführte Beitragsserie möchte ich her-

vorheben, die ich sehr schätze: Vor jeder Landtagssitzung wird die Tagesordnung veröffentlicht, indem ich als Präsident mit einer kurzen Videobotschaft die wichtigsten Themen vorstelle.

Mit einer VR-Brille sollen sich Besucher bald direkt in einer Landtagsdebatte wiederfinden und diese aus einer neuen Perspektive erleben können.

Wichtig ist mir, auch über die Grenzen unseres Bundeslandes hinauszublicken. Der Länderabend ist hierfür ein neues Veranstaltungsformat des Landtags. Die Veranstaltung strebt die Vertiefung der bereits intensiven Beziehungen zwischen einem Land und Sachsen-Anhalt an. Dafür soll der parlamentarische Austausch gefestigt, die bereits bestehenden bilateralen Beziehungen gepflegt sowie der kulturelle Austausch gefördert werden.

Was sind die nächsten großen Projekte, die auf Ihrem Plan stehen?

Den eingeschlagenen Weg für ein gläsernes Parlament möchte ich weitergehen, um die Bedeutung der Demokratie deutlich zu machen, ihre Wertschätzung zu fördern und zu zeigen, dass es sich lohnt und auch notwendig ist, stets um sie bemüht zu sein. Der Landtag bedarf einer baulichen Ertüchtigung. Umzusetzen sind im Wesentlichen sicherheitstechnische Empfehlungen des LKA, die Gewährleistung technischer Anforderungen an Serverräume, die Herstellung einer gesicherten Stromversorgung sowie zum Beispiel marode Fenster zu ersetzen. Es sollte uns auch gelingen, dem Foyer als Zugang zum Plenarsaal im weiteren Sinne zu einem offeneren und freundlicheren Gesicht zu verhelfen.

Stefanie Böhme



Wochentags unterwegs in Oschersleben.



Bürgermeister Benjamin Kanngießner.

Oschersleben – 1000 Jahre Bode- und Bördestadt

In den 19 zur Bodestadt gehörenden Ortsteilen erzählen zahlreiche Burgen, Schlösser und Kirchen von der wechselvollen Geschichte der überwiegend landwirtschaftlich geprägten Region. Aber auch Naschkatzen, Naturliebhaber und Sportfans kommen auf ihre Kosten.

Oscherslebens Sämann hat wieder ganze Arbeit geleistet – auf den schier endlos wirkenden Feldern um die Bodestadt reift das Getreide, sprießt der Mais und wachsen Zuckerrüben. Inmitten der fruchtbaren Magdeburger Börde gelegen, sind die Kernstadt wie ihre Ortsteile in ihrer mehr als tausendjährigen Geschichte besonders durch die Landwirtschaft geprägt worden. Das symbolisiert auch Oscherslebens Maskottchen – der Sämann. Die für die bäuerliche Arbeit allgemein und für die Fruchtbarkeit des Bördebodens im Besonderen stehende Skulptur wurde 1913 vom Berliner Bildhauer Stephan Walter geschaffen und, nachdem das Modell siegreich auf Kunstausstellungen gezeigt worden war, von den damaligen Stadtvätern für Oschersleben erworben. Im Zweiten

Weltkrieg nur knapp einer Einschmelzung entkommen, steht das Original heute in der Stadtbibliothek. Eine originalgetreue Kopie des Kunstwerks scheint indes im Naherholungsgebiet Wiesenpark nach wie vor Saatgut auszustreuen.

Eine wesentlich kleinere Kopie der Skulptur kann als Andenken an einen Besuch in Oschersleben in deren Tourist-Information erworben werden. Die dortige Mitarbeiterin Jana Krause lädt Interessierte begeistert zu einer Entdeckungstour durch ihre Stadt ein, zu der neben Oschersleben als Kern weitere 18 Ortschaften gehören. Nicht nur alte Schlösser und Burgen, Gutshöfe und Kirchen seien sehenswert, sagt sie, sondern auch die Natur in der fast 20 000 Hektar großen Gemarkung.

Das „Hohe Holz“ zum Beispiel gilt als eines der schönsten Landschaftsschutzgebiete Sachsen-Anhalts. Nördlich von Oschersleben überrascht diese bewaldete Hügellandschaft inmitten der ansonsten waldarmen Börde mit zum Teil seltener Flora und Fauna. Sie kann auf insgesamt 60 Kilometer langen Wanderwegen und einem Naturlehrpfad erkundet werden.

Landschaftlich reizvoll ist auch das „Große Bruch“, ein 45 Kilometer langer und bis zu vier Kilometer breiter Niederungstreifen. Ursprünglich ein menschenfeindliches, undurchdringliches Sumpf- und Moorgebiet, wurde es seit dem Mittelalter zu Grünland umfunktionierte. Um die so entstandene Kulturlandschaft mit reichhaltiger Pflanzen- und Tierwelt zu bewahren,

wurde schon in den 1980er Jahren ein erster Teil des Großen Bruchs als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Heute steht das gesamte 6 000 Hektar große Areal unter Landschaftsschutz. Wander- und Naturfreunde schätzen es als eines der Kleinode in der Magdeburger Börde.

In Oschersleben selbst lädt der Wiesenpark zum Bummeln und Erholen ein. Schon Anfang des 20. Jahrhunderts entlang der Bode angelegt, sind vor allem die dortigen Tiergehege ein Anziehungspunkt für Jung und Alt. Freizeitmöglichkeiten anderer Art sind in einem anderen Teil der Stadt zu finden und im Entstehen. Bereits nutzbar ist die neue Schwimmhalle, bald hinzu kommen weitere Sportstätten und ein Jugendzentrum. Die modernen Bauten bieten einen interessanten Kontrast zum benachbarten Bahnhofsgebäude von Oschersleben. Zwar hält dort, einst einer der ersten Bahnhöfe in ganz Deutschland, schon längst kein Zug mehr, doch sein Äußeres präsentiert sich wieder im Glanz alter Zeiten. 1843 eröffnet, war er ein Grenzbahnhof zwischen dem Königreich Preußen und dem Herzogtum Braunschweig, was ihn auch baulich prägte. Die symmetrische Gestaltung des Gebäudes ermöglichte sowohl der preußischen wie auch der braunschweigischen Seite einen eige-

nen Flaggenturm, eine eigene Zollstation und eigene Fahrkartenschalter. Wollten Reisende von Preußen ins Braunschweigische oder umgekehrt, mussten sie in Oschersleben umsteigen und durchquerten dann einfach das Bahnhofsgebäude. Selbst der russische Zar Alexander II. und der spätere deutsche Kaiser Friedrich III. sollen einst in Oschersleben „die Seiten gewechselt haben“.

Dann aber stand das imposante und unter Denkmalschutz stehende Empfangsgebäude mit den zwei markanten Türmen lange leer und verfiel zusehends, bis die Oschersleber Wohnungsbaugesellschaft Bewos, eine Tochter der Stadt, das Bahnhofsgebäude und das umliegende Areal wieder belebte. Heute befinden sich im alten Gemäuer Geschäftsräume der Bewos, ein Imbiss, eine Arztpraxis und eine Physiotherapie. Und das Außengelände wird eine richtige moderne Freizeitachse, schwärmt Tourismus-Mitarbeiterin Jana Krause.

Wie rund um den Bahnhof war Oscherslebens Stadtvätern, -planern und -gestaltern eine Kombination von Tradition und Moderne auch an der Neugestaltung der alten, verfallenen Burg wichtig. Als Niederungsburg in unmittelbarer

Nähe zur Bode entstanden, war sie im Mittelalter mit Wällen und Wassergräben versehen, um einen Übergang über das Große Bruch zu sichern. Später wurde die Burg um ein viergeschossiges Wohnhaus im Stil der Renaissance, das sogenannte Schloss, erweitert und zum Ende des 19. Jahrhunderts zum Speicher umgebaut. Zwar erhalten, jedoch viele Jahre leerstehend und sanierungsbedürftig, hat es die Bewos kürzlich zu neuem Leben erweckt und das Bau- und Kulturdenkmal nach dem Haus-im-Haus-Prinzip wieder zu einem architektonischen Blickfang für die Stadt Oschersleben gestaltet. Im einstigen Speicher befinden sich heute ein Veranstaltungssaal, das Archiv des Landkreises Börde und der Stadt Oschersleben (Bode) sowie Wohnungen. Auf dem freien Burggelände entstanden unter anderem mehrere Wohnhäuser, eine Tierarztpraxis und eine Pflegeeinrichtung.

An Burgen, Schlössern, Kirchen und Herrenhäusern mangelt es auch in Oscherslebens Ortschaften nicht. So befindet sich in Neindorf ein Glanzstück klassizistischer Architektur. Der um 1824 erbaute Rechteckbau wird seit 1944 als Krankenhaus genutzt. Nachdem in den vergangenen Jahren im Schlosspark neue Gebäude entstanden, die eine Erweiterung des medizinischen >>>



Fruchtbares Land umgibt die Bördestadt, die auch altes Fachwerk zu bieten hat.



>>> Leistungsprofils sowie der Behandlungen ermöglichen, sieht sich die Börde klinik heute als eine der modernsten Kliniken in Sachsen-Anhalt. Das Neindorfer Schloss jedoch wird als Krankenhaus nicht mehr genutzt, prägt aber nach wie vor das Klinik-Terrain. In der zum Schloss gehörenden, im spätgotischen Stil errichteten und mit Elementen der Renaissance versehenen Kirche finden noch Gottesdienste statt.

Mit dem Kloster Hadmersleben befindet sich auch eine Station von Sachsen-Anhalts Straße der Romanik in der Gemarkung der Stadt Oschersleben. Innerhalb des Klosterkomplexes haben die Kirche „St. Peter und Paul“, eine Internatsschule sowie eine Reihe regionaler Unternehmen ihr Domizil. Eines führt auch die in Hadmersleben begründete Brenn-Tradition des Kornbrandes fort. Wie Ferdinand Heine, dessen Getreidezucht Weltruhm erlangte, ab 1886 auf dem Klostersgut Hadmersleben nur bestes Getreidekorn aus eigener Ernte zum „Hadmerslebener Kornbrand“ veredelte, ist auch heute Kornbrand aus Hadmersleben nur von höchster Güte erhältlich.

In ihrem „Kulturhistorischen Museum Kloster Hadmersleben“ mit der nahezu erhaltenen Gesamtheit von romanischer Unterkirche, frühgotischer Saalkirche, mittelalterlichen Klostergebäuden nebst Gutshof und englischem Landschaftspark bietet die Stadt Oschersleben Besucherinnen und Besuchern auch einen ungewöhnlichen Kunststreif von der Ottonik bis zur Moderne. So entstand zwischen 1981 und 1989 im ehemaligen Dormitorium eine Galerie mit sechs großformatigen Gemälden der Tübke-Schüler Emig und Pötzsch zur Geschichte des Klosters Hadmersleben.

Eine Burganlage beherrscht auch das Ortsbild von Ampfurth im Bodetal, dessen Schloss als eines der schönsten Renaissanceschlösser in Norddeutschland gilt. Es befindet sich heute in Privatbesitz, beherbergt mehrere Wohnungen

Der Sämann im Wiesenpark (o.) ist ein Wahrzeichen von Oschersleben. Im einstigen Kloster Hadmersleben lernen heute Schülerinnen und Schüler (u.). St. Nikolai liegt im Zentrum der Stadt Oschersleben (r.o.). Ein Glanztstück klassizistischer Architektur ist das Schloss Neindorf (r.u.).



und eine Kindertagesstätte. Der imposante achteckige Treppenturm in Ampfurth diente von 1833 bis 1853, als die eilige Übermittlung von Depeschen und Befehlen eine äußerst komplizierte und aufwendige technische Angelegenheit war, der königlich-preußischen-optischen Telegrafienlinie, die von Berlin nach Koblenz verlief. Von den einst 62 Stationen dieser Linie befinden sich allein elf in Sachsen-Anhalt. In Ampfurth existiert an historischer Telegrafien-Substanz noch das in seiner Grundform erhaltene Stationszimmer mit einer quadratischen Öffnung in der Decke – vermutlich der einstige Mastaustritt – sowie die außen am Turm angebrachte, rekonstruierte hölzerne Treppe. Der Turm des Schlosses, von dem sich ein wunderbarer Panoramablick über die Hohe Börde sowie bei guter Sicht bis zum Harz und zur Elbe bietet, kann nach umfassenden Sanierungsarbeiten von Interessierten wieder erklimmen werden – von April bis September jeweils am letzten Sonntag eines Monats.

In Oscherslebens Ortsteil Hornhausen war das aus einer Wasserburg hervorgegangene Schloss vormals Stamm-



sitz der Herren von Hornhausen. Der schlichte zweigeschossige Rechteckbau mit einem Renaissanceportal wird heute als Pflegeheim genutzt. Am Turm der Hornhäuser St.-Stephani-Kirche befindet sich die Kopie des berühmten „Reitersteins“. Das Original – heute im Landesmuseum für Vorgeschichte in Halle aufbewahrt – wurde 1874 von Bauern beim Tiefpflügen eines Ackergrundstücks gefunden. Als ein Zeichen germanischer Steinhauerkunst um 700 und einer der berühmtesten mittelalterlichen Fundstücke in der Magdeburger Börde ist er ein weit über die Grenzen dieser Region hinaus bekanntes historisches Symbol.



dere betagte Fachwerkbauten in der Bodestadt erhielten in den zurückliegenden Jahren eine Verjüngungskur. Im Zentrum erstrahlt am Markt das schmucke Rathaus, dahinter die mit neuen Fernstern ausgestattete Kirche Sankt Nikolai.

Insgesamt sei die Stadt Oschersleben mit ihren günstigen Lebenshaltungskosten, der exzellenten Kinderbetreuung und einem umfangreichen Freizeitangebot als Wohnstandort für Menschen jedes Alters attraktiv sowie auch ein vielfältig strukturierter Gewerbestandort, meint ihr Bürgermeister. Zu DDR-Zeiten stark durch die Landwirtschaft in der Börderegion geprägt, gab es in Oschersleben aber auch Maschinen- und Anlagenbau – wie die Pumpenfabrik, die nach wie vor existiert. Früchte von umliegenden Feldern sind die Rohstoffe der in der Bodestadt beheimateten Nahrungs- und Genussmittelbranche. So ist Bodeta, wo seit 1892 Süßwaren hergestellt werden, einer der ältesten Betriebe der Stadt. Jährlich über 140 000 Tonnen Kartoffeln verarbeitet die 1992 neuangesiedelte Firma Agrarfrost zu weit über die Region hinaus vermarkteten Pommes frites und Chips.

Für deutschlandweite und internationale Bekanntheit von Oschersleben sorgt aber besonders die „Motorsport Arena“, das wohl auffälligste und bekannteste Aushängeschild vor den Toren der Stadt. Deutschlands nördlichste Rennstrecke wurde vor 25 Jahren eingeweiht. Auf gut 3,5 Kilometer Länge haben Motorsportlerinnen und Motorsportler mit ihren Motorrädern und Autos 14 Kurven zu meistern. Der Zusatz Arena im Namenszug der Rennstrecke ist nicht zufällig und deren von allen Besuchern geschätzter Arena-Charakter in der deutschen Rennstrecken-Landschaft nahezu einmalig. Mit dem angeschlossenen Gewerbegebiet sowie einem integrierten Hotel und Campingplatz wurden neue Arbeitsplätze geschaffen, freut sich Bürgermeister Kanngießer.

Gudrun Oelze

Der „Reiterstein“ von Hornhausen zeigt einen Sächsischen Krieger aus dem 8. Jahrhundert, der heute auch das Wappen des Landkreises Börde ziert. Bis 2007 war Oschersleben selbst Kreisstadt, verlor diesen Status aber durch Fusionierung mit dem Ohrekreis. Geblieben ist die Bodestadt aber mit knapp 20 000 Einwohnern die bevölkerungsreichste Kommune im Landkreis.

„Diese Stadt ist lebenswert“, zeigt sich Oscherslebens langjähriger Bürgermeister Benjamin Kanngießer überzeugt. „Eine lebenswerte Kleinstadt, die viele Vorzüge miteinander verbindet“, sagt er. Beschaulich ruhiges Kleinstadtleben sei für Oschersleben und seine Ortsteile typisch, während hervorragende Verbindungen in die Landeshauptstadt Magdeburg oder in die Tourismusregion Harz für eine attraktive Vernetzung sorgen. Für Familien mit Kindern gibt es im gesamten Stadtgebiet vielfältige

Spiel- und Freizeitmöglichkeiten, Kindertagesstätten, sechs Grund- und zwei Sekundarschulen, eine Förderschule für lernbehinderte Kinder, in Hadmersleben die Ganztagschule mit angeschlossenen Internat, eine Berufsbildende Schule sowie eine Musikschule. „Aber auch um Oschersleben machte der demografische Wandel keinen Bogen“, räumt der Bürgermeister ein. Besonders auf dem Wohnungsmarkt hinterlasse er deutliche Spuren. Daher blieben in den Ortszentren viele ältere, nicht mehr zeitgemäße Bestandsbauten leer und ungenutzt. „Als Antwort darauf hat die Stadt Oschersleben das Programm „Jung kauft Alt“ aufgelegt, betont Kanngießer. Bestehende Gebäude sollen attraktiv gemacht werden, indem der Erwerb von Altbauten für Wohnzwecke gefördert wird.

Gerade sorgfältig saniert wurde eine der ältesten Bauten von Oschersleben, das Wohnhaus Kornstraße 4. Auch an-

Jenseits der Erinnerung – Verbrechensgeschichte begreifen

Die Frage nach der „Zukunft der Erinnerung“ ist gewissermaßen die Königsfrage für die nach wie vor notwendige „Aufarbeitung“ deutscher Geschichte in der Zeit des Nationalsozialismus. Viel ist auf dem Gebiet der Gedenkstättenförderung geschehen, deren Weiterführung durch staatliche Förderung in vorbildlicher Weise vorangetrieben und gesichert wurde. Und doch stellt sich bei genauerer Betrachtung die Frage, ob das individuelle und öffentliche Erinnern für eine nachhaltige Erziehung nachfolgender Generationen ausreicht, um diese für Menschenrechte und den Wert demokratischer Staats- und Gesellschaftsformen zu sensibilisieren. Die Autorinnen und Autoren der Beiträge des vorliegenden Sammelbands versuchen auf diese Fragestellung Antworten aus ganz unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen in gesamtgesellschaftlicher Perspektive zu geben.

Michael Rahmfeld

Volkhard Knigge (Hrg.): Jenseits der Erinnerung – Verbrechensgeschichte begreifen. Impulse für die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nach dem Ende der Zeitgenossenschaft. Göttingen: Wallstein, 2022.



Ein Blick hinter die Kulissen der Politik der letzten Jahrzehnte



Gregor Gysi blickt in seinem Buch hinter die Kulissen der Politik. Er zeigt, wie Kommunikation im politischen Alltag funktioniert und wie mit vielen Worten wenig gesagt werden kann. Er ist einer der besten Redner im Land und wird partiübergreifend für seine Rhetorik geschätzt. Zweifellos gibt es wenige Abgeordnete des Deutschen Bundestags, die so unterhaltsam vor sich hinplaudern können wie er. Es gibt auch kaum einen Politiker der letzten Jahrzehnte, der den Spagat zwischen „den Mund halten“ und „kein Blatt vor den Mund nehmen“ besser beherrscht als Gysi. Denn Reden kann ohne Zweifel gefährlich sein. Jeder Satz kann aus dem Zusammenhang gerissen, auf die Goldwaage gelegt oder vom politischen Gegner bewusst falsch interpretiert werden. Gewohnt scharfsinnig nimmt Gysi die Rhetorik seiner Zunft unter die Lupe, schreibt über Wahrheiten und manchmal notwendige „Halbwahrheiten“ und gibt dem Lesenden einen spannenden Einblick in die Mechanik des Politikbetriebes.

Beate Grau

Gregor Gysi: Was Politiker nicht sagen: ... weil es um Mehrheiten und nicht um Wahrheiten geht. Berlin: econ, 2022.

DIE LANDTAGSBIBLIOTHEK

... ist eine wissenschaftliche Spezialbibliothek, die auch für Bürgerinnen und Bürger nutzbar ist. Die Sammelschwerpunkte umfassen die Bereiche Recht, Politik, Parlamentarismus, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde.

Neben dem umfangreichen Literatur- und Zeitschriftenbestand stehen komfortable Arbeitsmöglichkeiten im Lesesaal zur Verfügung.

Öffnungszeiten (nicht an Feiertagen)

Mo.–Do., 8–16.30 Uhr, Fr. 8–15 Uhr

Kontakt

Telefon: 0391 560-1135

E-Mail: bibliothek@lt.sachsen-anhalt.de

30 Jahre Sanierungsgebiet: Buckaus Weg zum modernen Kultur-Kiez

1 991 beschloss der Magdeburger Stadtrat, große Teile des über Jahrzehnte vernachlässigten Stadtteils Buckau zum Sanierungsgebiet zu erklären. Die Aufgaben für die Sanierung waren gewaltig: Nicht weniger als 81 Prozent der Gebäude waren beispielsweise zum damaligen Zeitpunkt sanierungsbedürftig. Die 2021 veröffentlichte Abschlussdokumentation ermöglicht durch die Einbeziehung damaliger und heutiger Impressionen von Straßen, Gebäuden und Plätzen eindrucksvoll, was in 30 Jahren Sanierung erreicht werden konnte. Buckau ist zu einem attraktiven Stadtteil mit wachsenden Einwohnerzahlen geworden, der auch mit zahlreichen Grünflächen und Bauflächen unmittelbar an der Elbe für sich werben kann. Darüber hinaus ist Buckau der Stadtteil mit dem größten Kulturangebot der Stadt und somit in der Mitte Magdeburgs angekommen.

Michael Rahmfeld

Landeshauptstadt Magdeburg (Hrsg.): 30 Jahre Sanierungsgebiet Buckau: Buckaus Weg vom einstigen Arbeiterviertel zum modernen Kultur-Kiez – Abschlussdokumentation. Band 110, Magdeburg, 2021.

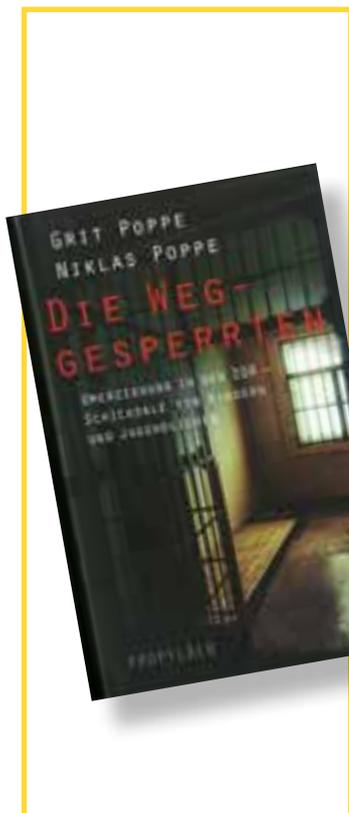


Umerziehung für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft

A ngepasstheit und Funktionieren im Kollektiv galten zu DDR-Zeiten der SED als unverzichtbar für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Wer sich nicht zur staatskonformen Persönlichkeit formen lassen wollte, galt als unerzogen, aufsässig bzw. unverbesserlich und bekam die Macht des Staates schmerzhaft zu spüren. In sogenannten Umerziehungsheimen landeten viele dieser Kinder und Jugendlichen mit dem Ziel, sie einer Umformung zu unterziehen. Ihre Menschenrechte wurden dabei mit Füßen getreten. Viele der Betroffenen sind noch heute traumatisiert durch die physischen und psychischen Misshandlungen in den Heimen. Die Autorengruppe dieses Buches gibt den Leidtragenden eine Stimme. Durch die persönlichen Schilderungen des Erlebten erhält man einen schockierenden und bedrückenden Einblick in dieses wenig beachtete Kapitel der jüngeren deutschen Geschichte. Aber auch der Umgang mit „Schwererziehbaren“ in der NS-Zeit, das Schicksal der „Verdingkinder“ in der Schweiz und fragwürdige Methoden in der Bundesrepublik Deutschland und in Heimen der Gegenwart werden beleuchtet. Das vorliegende Buch ist extrem wichtig, um das Thema der brachialen Umerziehung in die Öffentlichkeit zu rücken und die Aufarbeitung dieser „Pädagogik“ voranzutreiben.

Beate Grau

Grit Poppe, Niklas Poppe: Die Weggesperrten: Umerziehung in der DDR – Schicksale von Kindern und Jugendlichen. Berlin: Propyläen, 2022.



Verfassung mit Leben füllen

Mit einer Feierstunde hat der Landtag von Sachsen-Anhalt den 30. Geburtstag der Landesverfassung begangen. Die Redner unterstrichen die große Bedeutung der Verfassung für die bisherige Entwicklung des Landes und zukünftige Generationen.



Im Plenarsaal des Landtags blickten die Spitzen der drei sachsen-anhaltischen Verfassungsorgane auf die zurückliegenden und von der Landesverfassung geprägten 30 Jahre zurück. Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger erinnerte eingangs seiner Ansprache daran, dass die Landesverfassung vor 30 Jahren auf der Grundlage eines Gesetzentwurfs aller (!) Fraktionen und einer Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses beschlossen wurde. Anlässlich des 30. Jubiläums fragte er sich und alle Anwesenden: „Sind wir in guter Verfassung?“ Bei der Beantwortung stellte der Landtagspräsident fest: „Wir haben eine solide, auf verbalen Pomp

verzichtende Landesverfassung.“ Sie sei ehrlich und mache den Menschen gerade in ihrem Verhältnis zum Staat nichts vor. Zudem hätten wir eine Landesverfassung, die feste Strukturen geschaffen habe, die sich in den Krisen der vergangenen 30 Jahre als sehr stabil, als handlungs- und auch als widerstandsfähig erwiesen hätten. Die Verfassung sei zudem an die gesellschaftlichen Veränderungen angepasst worden, betonte Schellenberger. So habe der Landtag wiederholt die für die direktdemokratischen Verfahren erforderlichen Quoren abgesehen. Dies habe aber noch nicht zur gewollten Belebung der direkten Demokratie im Land geführt. Schellenberger sagte: „Ich glau-

be, dass das Haus hier eine Aufgabe hat zu prüfen, woran das liegt.“

Die Verfassung – am 16. Juli 1992 in Kraft getreten – zeige außerdem, dass bereits die Mütter und Väter die herausfordernden Aufgaben von heute erkannt hätten: wirtschaftliche Entwicklung, Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse schaffen, natürliche Lebensgrundlagen erhalten, das Klima schützen und der globalen Erwärmung entgegenwirken sowie Kultur und Tradition in allen Landesteilen bewahren. Abschließend sagte Schellenberger, die Werte der Verfassung müssten nicht nur gelehrt, sondern auch gelebt werden, insbesondere bei Debatten im Plenarsaal –



Während der Feierstunde sprachen Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger (l.o.), Verfassungsgerichtspräsident Dr. Uwe Wegehaupt (l.u.) und der stellvertretende Ministerpräsident Prof. Dr. Armin Willingmann. Es musizierten Marlene Gerchel und Linnea Schwarzrock.

Auch heutzutage könnten Demokratien scheitern. Wachsender Populismus und „schwindender Respekt gegenüber demokratischen Normen und Institutionen“ würden dazu beitragen. Die Grenzen des Sagbaren würden sich immer mehr verschieben. Willingmann unterstrich: „Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung sind eine Bedrohung für jede freiheitliche Gesellschaft. Der Anschlag in Halle am 9. Oktober 2019 war auch ein Angriff auf unsere Verfassung und deren Werte.“

Dr. Uwe Wegehaupt, Präsident des Landesverfassungsgerichts Sachsen-Anhalt, erklärte, Sachsen-Anhalt hätte sich in den vergangenen 30 Jahren zu einem „geschätzten und geachteten Bundesland in Deutschland“ entwickelt. Die Einhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung werde vom Landesverfassungsgericht überprüft. Obwohl dies hierzulande niemand in Frage stelle, sei es nicht selbstverständlich, dass es ein Landesverfassungsgericht gebe. Dies zeige selbst ein Blick in andere europäische Länder. Zwar werde das von ihm geleitete Gericht in der Verfassung nur in drei Artikeln erwähnt, daraus dürfe man jedoch nicht auf eine geringe Bedeutung schließen.

Wegehaupt führte weiter aus: „Die Richter sind an keine Weisungen gebunden und können bei unliebsamen Entscheidungen nicht ausgetauscht werden.“ Das Gericht sei keine politische Institution, auch wenn seine Entscheidungen politische Auswirkungen haben könnten. Die Stärke des Gerichts zeige sich in der Wirksamkeit seiner Entscheidungen. Allerdings könne es die Umsetzbarkeit nicht erzwingen, sondern ist auf die Akzeptanz seiner Entscheidungen angewiesen. Für die Zukunft wünschte sich Wegehaupt eine Belebung der Verfassung durch Politik und Bürgerschaft. Denn die Verfassung sei „das essenzielle Werkzeug zur Ausübung unserer gesellschaftlichen Verantwortung“. Die Veranstaltung wurde musikalisch durch das Konservatorium „Georg Philipp Telemann“ Magdeburg begleitet. Stefanie Böhme

dem politischen Forum unseres Landes. Es müsse darum gehen, „respektvoll um die für das Land beste Lösung zu streiten“.

Prof. Dr. Armin Willingmann, Minister für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt, sprach in Vertretung des erkrankten Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff und erklärte: „Unser Land ist im wahrsten Sinne des Wortes in guter Verfassung. Unsere Landesverfassung war uns in den zurückliegenden Jahrzehnten eine gute Richtschnur. Und sie wird es auch weiterhin sein.“ Auf diesem sicheren Fundament könnten die vor uns liegenden Aufgaben und Herausforderungen gut bewältigt werden. Die Verfassung enthalte den „Bauplan für unsere freiheitliche Demokratie und unsere Werte- und Grundordnung“.

Gleichzeitig dürfe nicht vergessen werden, dass die geschriebene Verfassung auch mit Leben erfüllt werden müsse. „Sie muss angenommen und nach ihr muss gehandelt werden. Demokratie will gelebt werden.“ Dieser Aufgabe müssten sich alle Menschen täglich neu stellen. „Die Werte unserer Demokratie setzen sich nicht von

selbst durch. Sie müssen von jeder Generation aufs Neue verteidigt werden. Für unsere Überzeugungen und demokratischen Institutionen müssen wir entschlossen eintreten.“ Freiheit heiße demnach auch, Verantwortung wahrzunehmen – eine Demokratie ohne Demokraten werde keine Zukunft haben.

In dem Zusammenhang sagte Minister Willingmann: „Keine Demokratie kann dauerhaft gegen eine Mehrheit politisch unzufriedener, passiver und an der Politik nicht interessierter Bürgerinnen und Bürger bestehen.“ Ohne eine intakte und aktive Zivilgesellschaft sei eine stabile Demokratie nicht denkbar. Letztlich müssten die Menschen eine Verfassung mit Leben erfüllen, erzwingen lasse sich eine solche politische Kultur jedoch nicht, sondern dies beruhe auf Freiwilligkeit.

Oftmals würden unsere Freiheiten für selbstverständlich gehalten, bewusst wahrgenommen würden sie dagegen nur selten. Ein Blick in die Geschichte und andere Länder zeige jedoch, dass der demokratische Verfassungsstaat nicht selbstverständlich sei, so Willingmann.

Das Ende der Demokratie

Ein Forschungsprojekt des Landtags und des Zentrums für Sozialforschung Halle zu den ersten beiden Landtagen (1946–1952) in Sachsen-Anhalt soll unter anderem klären, wie es 1952 zur Auflösung des Parlaments kommen konnte.

In diesem Jahr feiert der Landtag von Sachsen-Anhalt sein 32-jähriges Bestehen – wohlgemerkt nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1990. Die parlamentarische Tradition der Jetztzeit und nahen Zeitgeschichte reicht allerdings bis ins Jahr 1946 zurück. Seinerzeit nämlich hatte das nach dem Zweiten Weltkrieg gebildete Land Sachsen-Anhalt bereits einen Landtag, und das zwei Legislaturperioden lang. Im Stadtschützenhaus in Halle (Saale) trat am 18. November 1946 der am 20. Oktober 1946 gewählte Landtag der Provinz Sachsen zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Die Geburtsstunde der Demokratie im neuen Sachsen-Anhalt?! Kaum sechs Jahre später stimmten die Abgeordneten des zweiten Parlaments allerdings aufgrund des Drucks vonseiten der DDR-Staatsführung hinsichtlich einer politischen Strukturreform (Schaffung der Bezirke, zentralisierte Verwaltung) im Juli 1952 einem Gesetz über die Selbstauflösung des Landtags zu. Das Projekt Demokratie war gescheitert, die SED baute ihre diktatorische Macht gnadenlos aus...

Im Auftrag des Landtags von Sachsen-Anhalt startete das Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. (zsh), ein An-Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, im April 2021 ein Forschungsprojekt zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der ersten beiden Landtage von Sachsen-Anhalt (1946–1952) und der Lebenswege seiner Mitglieder. Unter Leitung des Historikers Prof. Dr. Everhard Holtmann wird der Prozess der autoritären Rückbildung des Länderparlamentarismus in der SBZ bzw. frühen DDR nachgezeichnet und analysiert.



Prof. Dr. Everhard Holtmann im Interview zur Auflösung des Landtags im Jahr 1952.

Erste Ergebnisse liegen bereits vor, wie Holtmann in einem Videointerview pünktlich zum Jahrestag der Selbstauflösung (25. Juli 1952) berichtet. So beantwortet er Fragen rund um die historische Einordnung der beiden Nachkriegslandtage in Sachsen-Anhalt, zur Zusammensetzung und zu den wichtigsten Aufgaben. Er wagt auch schon einen ersten Blick auf die Gründe, die letztlich zur Auflösung des Parlaments führten und inwieweit dieser Teil des Parlamentarismus trotz des Zeitsprungs von siebzig Jahren auch heute noch von Interesse ist.

Mit dem Projekt will der Landtag von Sachsen-Anhalt einen weiteren Beitrag zur Geschichte des Parlamentarismus in der Region des heutigen Sachsen-Anhalt sowie zur Identitätsstiftung des Landes und seiner demokratischen Strukturen leisten.

Das singuläre Merkmal des 1. Landtags von Sachsen-Anhalt nach dem Zweiten Weltkrieg bestand darin, dass nach seiner Konstituierung alsbald eine

Umkehrung der demokratischen Institutionenbildung in der Richtung einer Entdemokratisierung eintrat; dies mit Hilfe parlamentarischer Praktiken, die nicht zuletzt das Ergebnis einer bei den Wahlen knapp verfehlten SED-Mehrheit waren.

Zum Forschungsvorhaben gehören auch die Recherche und wissenschaftliche Auswertung von regionalem und überregionalem Archivmaterial für den Zeitraum von 1946 bis 1952 mit dem Ziel, die biografischen Daten der ehemaligen Abgeordneten zu verdichten und darstellen zu können. Unter Einbeziehung auch des 2. Landtags (1948–1950) wird die Untersuchung somit eine biografische und die systemische Dimension aufweisen.

Dr. Stefan Müller



Einscannen und anschauen.



ALLES IM FLUSS – SKULPTUREN UND GRAFIKEN VON MATTHIAS TROTT 5. JULI BIS 26. AUGUST 2022

Die Ausstellung von Matthias Trott geht mit seinen Werken von der Fläche in den Raum über. Seine freistehenden Skulpturen, menschliche Körper, die aus einem besonderen Holz herausgearbeitet wurden, werden in Korrespondenz mit seinen Holzschnitten ausgestellt. Die Skulpturen sind aus alten Gründungspfählen, die in der Elbe und bei Hafenanlagen verbaut waren, geschnitzt und gehauen. Teilweise wirken die Skulpturen sehr filigran, verletzlich und zart. Andererseits erscheinen sie brutal und gewaltvoll aufgrund ihrer Entstehung mit der Kettensäge.

Die Holzschnitte sind teilweise farbig umgesetzt und zeigen klare Formen menschlicher Körper. Die Formsprache der Skulpturen spiegelt sich in den Holzschnitten wieder. Es entsteht ein Wechselspiel zwischen beiden künstlerischen Techniken, die wie in einem Dialog zueinander treten. Ergänzt wird die Präsentation mit einigen in Stein gehauenen Köpfen-Artefakte. Matthias Trott studierte an der Kunsthochschule Burg Giebichenstein Holzbildhauerei und arbeitet heute in Magdeburg.

KABINETTAUSSTELLUNG ZUR LANDESVERFASSUNG

22. JUNI 2022 BIS 4. OKTOBER 2022

Vor 30 Jahren, am 15. Juli 1992, traf der Landtag von Sachsen-Anhalt eine richtungsweisende Entscheidung, die fortan das politische und gesellschaftliche Geschehen in dem neuen Bundesland bestimmen sollte. Mit der feierlichen Ausfertigung der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt am Tag darauf wurde das Fundament gelegt, auf dem das Land stabil und dauerhaft errichtet werden konnte.

Die ehemalige Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch sagte beim Festakt zum 25-jährigen Jubiläum der Landesverfassung: „Die Landesverfassung ist eine großartige Basis für das Miteinander in Sachsen-Anhalt.“

In diesem Jahr feiern wir nun bereits den 30. Geburtstag dieses wichtigen Dokuments. Aus diesem Anlass hat der Landtag von Sachsen-Anhalt eine Kabinettausstellung erarbeitet. Zu sehen ist unter anderem die Gedenkplakette zur Ausfertigung und Verkündung der Verfassung, unterzeichnet vom damaligen Landtagspräsidenten Dr. Klaus Keitel, ebenso der Füllfederhalter, mit dem die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt im Kloster Unser Lieben Frauen in Magdeburg unterzeichnet wurde.

Außerdem können Sie verschiedene Programmhefte zu Verfassungsjubiläen im Spiegel der Zeit entdecken und erhalten Einblick in die fachgerechte Aufbewahrung der Landesverfassung im Landtagsarchiv. Zeitungsartikel aus dem Jahr 1992 runden die Kabinettausstellung ab.



KREATIVE KÖPFE – AUSSTELLUNG DES ZINNOBER KUNSTVEREIN E. V.

7. SEPTEMBER BIS 4. OKTOBER 2022

In der Weiterführung des Begriffes Integration ist die Inklusion zurzeit der tragende Begriff für das durchgehende Gemeinsame ohne Ausgrenzung. Ist aber in der Kunst nicht gerade das Einmalige, das Besondere gefragt? Verdient nicht gerade das Außergewöhnliche den Begriff Outsiderkunst, die Legitimation, anders sein zu dürfen und zu wollen? Die Werke der Künstlerinnen und Künstler des Zinnober e. V. zeigen, wie verschieden wir Menschen sind und wie verschieden die Bildsprache sein kann. Es wird von zart farbigen Aquarellen bis wild bunten Bildern ein Querschnitt von Werken ausgestellt werden.

Eröffnet wird die Ausstellung am 7. September 2022 um 15 Uhr, Gäste sind herzlich willkommen.

INFORMATIV TRANSPARENT UND MODERN

Politik in Sachsen-Anhalt online erleben



www.landtag.sachsen-anhalt.de

Die Webangebote des Landtags von Sachsen-Anhalt bieten Ihnen Berichte über die Arbeit der Abgeordneten, Sie bekommen einen Einblick hinter die Kulissen des Landesparlaments und erhalten aktuelle Informationen zu den Fraktionen und Ausschüssen. Mit anderen Worten: Sie sind jederzeit mittendrin im Parlamentsgeschehen.

Und wer vom Landtag nicht genug bekommen kann, der sollte uns folgen auf:

 @Landtag_LSA

 Landtag von Sachsen-Anhalt

 @landtag_lsa

 LSALandtag

